



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Kommission unterstützt von Dürre geplagte LandwirtInnen](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [EU vereinfacht Strafverfolgung bei Kriminalität im bargeldlosen Zahlungsverkehr](#) 3
- [Neues EU-Solidaritätskorps: Parlament stimmt über Neuerungen ab](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Rat legt Position zum EU-Haushalt fest](#) 4

Europäische Kommission

- [Abschaffung der Zeitumstellung: Juncker für rasche Umsetzung](#) 5
- [Startup Call: Europe for Growth - 10 Mio. Euro Ausschreibung](#) 6
- [Italien bekommt 9 Mio. Euro Soforthilfe zur Versorgung von Migranten](#) 6
- [Das Aus für die Halogenlampe ab 1. September](#) 7
- [Ergebnisse der Task Force zu Subsidiarität präsentiert](#) 7

Ausschuss der Regionen

- [Präsident Lambertz unterstützt Österreichs Ziele im Ratsvorsitz](#) 8

In eigener Sache

- [Hochrangiger Besuch bei Konferenz zur Agrarreform in der Gemeinsamen Vertretung](#) 9

Laufende Konsultationen	10
Tagesordnungen der Institutionen	11
Impressum und Abbildungsverzeichnis	11

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Kommission unterstützt von Dürre geplagte LandwirtInnen

Die andauernde Dürre sorgte in ganz Europa, besonders auch in Tirol, in diesem Sommer für gravierende Ernteauffälle. Die EU reagiert mit Hilfsmaßnahmen.

Laut ZAMG zählte der diesjährige Sommer zu den fünf heißesten seit Beginn der Aufzeichnungen. Es gab österreichweit zwei- bis dreimal so viele Hitzetage wie in einem durchschnittlichen Jahr. Gleichzeitig gab es um 20 bis 25 Prozent weniger Niederschlag. Diese Wetterbedingungen gingen auch an den LandwirtInnen Europas und Tirols nicht spurlos vorbei. Die Schäden in der österreichischen Landwirtschaft durch Trockenheit, Hitze und Dürre belaufen sich nach Schätzungen der Hagel Versicherung auf rund 210 Mio. Euro. Davon betrafen 80 Mio. Euro das Getreide und 130 Mio. Euro das Grünland. Besonders der Westen war betroffen.

Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen sich die von der Dürre betroffenen europäischen LandwirtInnen konfrontiert sehen, setzt die Europäische Kommission ihre Maßnahmen zur praktischen Unterstützung des Sektors fort. Neben zahlreicher Maßnahmen wie der Erlaubnis zur flexibleren Nutzung der Anbauflächen um ausreichend Futter für die Tiere zu gewährleisten, wurde auch der vor Wochen angekündigte Vorschlag zur früheren Auszahlung von höheren Subventionen präsentiert. Jene

werden anstatt Mitte Dezember 2018 nun bereits im Oktober 2018 ausbezahlt werden.

In Tirol war vor allem das Oberland von der Dürre betroffen. Laut Elmar Monz, Bezirksobermann der Bauern in Landeck, sei der Boden vielerorts verbrannt. Dadurch sei die Heuernte erheblich beeinträchtigt. In Folge werde man 50 Prozent des Tierfutters extern zukaufen müssen. In Brüssel äußerte sich auch der Landwirtschaftskommissar Phil Hogan zu dem Thema. Er stünde in Kontakt mit MinisterInnen der betroffenen Regionen. Es würden zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung der LandwirtInnen ergriffen werden.

Der Leiter der Abteilung für Nutzpflanzenwissenschaften der Universität für Bodenkultur, Hans-Peter Kaul, geht davon aus, dass es sich bei den Wetterextremen nicht um eine einmalige Ausnahme handle. Die LandwirtInnen müssten sich auf solche Bedingungen einstellen.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

EU vereinfacht Strafverfolgung bei Kriminalität im bargeldlosen Zahlungsverkehr

Bargeldloses Bezahlen ist für viele EU-BürgerInnen Alltag. Leider kommt es dabei auch zu betrügerischem Missbrauch. Nun soll eine strafrechtliche Verfolgung einfacher werden.

Bargeldloser Zahlungsverkehr erfreut sich in der EU immer größerer Beliebtheit. Gleichzeitig steigen jedoch auch Fälle von Missbrauch und Betrug. Jährlich entsteht in der EU dadurch ein Schaden von 1,5 Milliarden Euro. Dies ist nicht nur ein finanzielles Problem, sondern schwächt auch das Vertrauen der BürgerInnen in bargeldlosen Zahlungsverkehr. Um diese steigende Kriminalität zu bekämpfen, hat sich der Justiz- und Innenausschuss Anfang der

Woche für strenge Gegenmaßnahmen ausgesprochen. Die beschlossenen Neuerungen sollen die Strafverfolgung deutlich vereinfachen und die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Unternehmen erleichtern. Die Abstimmung im Justiz- und Rechtsausschuss legt die Position des Europaparlaments für die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten fest.

Neues EU-Solidaritätskorps: Parlament stimmt über Neuerungen ab

Das EU-Parlament stellte die Weichen für eine eigene Rechtsform des Solidaritätskorps.

Die Initiative des [Europäischen Solidaritätskorps](#) verfolgt das Ziel, jungen EU-BürgerInnen die Möglichkeit zu geben sich in Projekten zu engagieren, von denen die Gemeinschaft profitiert. Nun wird das Europäische Parlament auf der Plenartagung im September den Vorschlag diskutieren, der den dafür notwendigen Rechtsrahmen festlegt.

Hintergrund ist die am 27. Juni 2018 von Europäischem Parlament und Rat vereinbarte Einrichtung des neuen Europäischen Solidaritätskorps. Im Zuge dessen wurde ein Budget von 375,6 Millionen Euro für 2018-2020

festgelegt. Zudem wurde sich auf einen eigenen Rechtsrahmen verständigt. Vor der Änderung setzten acht verschiedene Programme das Europäische Solidaritätskorps um, wobei jedes ein eigenes Budget und eine eigene Rechtsgrundlage hatte. Die Einführung einer eigenen Rechtsgrundlage hat den Vorteil, dass ein einziges Finanzierungsinstrument mit klar definierten Zielen geschaffen wird. So soll es noch mehr Möglichkeiten zu gemeinnützigem Engagement für junge Menschen geben.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat legt Position zum EU-Haushalt fest

Im Jahr 2019 gibt es mehr Gelder für Innovation, Bildung, Infrastruktur und Umweltschutz.

Der Rat hat am 5. September seinen Standpunkt zum EU-Haushalt 2019 angenommen und die im Juli von den EU-Botschaftern erzielte Einigung bestätigt.

Insgesamt sieht der Rat Verpflichtungen in Höhe von 164,1 Milliarden Euro und Zahlungen in Höhe von 148,2 Milliarden Euro vor. Bereiche, die gegenüber dem diesjährigen Haushalt mehr Unterstützung erhalten sollen, sind Forschung und Innovation (Horizont 2020), Bildung (Programm Erasmus+), Infrastrukturinvestitionen

sowie Umwelt- und Klimaschutz (LIFE-Programm).

Gegenüber dem Vorschlag der Kommission schlägt der Rat insgesamt eine Kürzung der Verpflichtungen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro sowie eine Reduzierung der Zahlungen in Höhe von 0,5 Milliarden Euro vor.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Abschaffung der Zeitumstellung: Juncker für rasche Umsetzung

Die Ergebnisse der Online-Konsultation zur EU-weiten Zeitumstellung waren eindeutig: 84 Prozent der EU-BürgerInnen wollen die Abschaffung der Umstellung von Sommer- auf Winterzeit. Auf dieses klare Ergebnis reagierte der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker mit Entschlossenheit. „Die Menschen wollen das, wir machen das“, sagte er bestimmt.

Die öffentliche Konsultation zur Abschaffung der Zeitumstellung erhielt große Resonanz. 4,6 Millionen Menschen aus allen 28 Mitgliedstaaten beteiligten sich daran. In Österreich war die Teilnahme besonders groß. Im EU-weiten Vergleich lag die Beteiligung an der Online-Konsultation in Österreich auf Platz zwei. Davon sprachen sich 77 Prozent der ÖsterreicherInnen gegen die bestehende Regelung aus.

Im Vorfeld hatte die Kommission betont, dass die öffentliche Konsultation nicht rechtlich bindend sei. Das eindeutige Ergebnis erhielt jedoch prompte Unterstützung von politischer Seite. Juncker betonte, es ergebe keinen Sinn die Bevölkerung erst zu fragen und ihrem Wunsch dann nicht nachzukommen.

Die zuständige Verkehrskommissarin Violeta Bulc teilte diese Auffassung. "Die Botschaft ist sehr klar", erklärte sie. "Wir werden nun entsprechend handeln und einen Legislativ-

vorschlag für das Europäische Parlament und den Rat ausarbeiten, die dann gemeinsam einen Beschluss fassen."

Nun stellt sich vielen BürgerInnen die Frage, wie lange es noch eine Umstellung von Sommer- auf Winterzeit geben wird. Als nächsten Schritt wird die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat eine Änderung der derzeitigen Regelung vorschlagen. Wenn dem Vorschlag zugestimmt wird, könnte die Entscheidung 2019 fallen und es 2020 bereits kein Umstellen der Uhren mehr geben. Letztlich liegt es dann bei den jeweiligen Mitgliedstaaten, ob eine dauerhafte Sommerzeit oder eine dauerhafte Winterzeit eingeführt wird. Die österreichische Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck von der ÖVP sprach sich auch für eine dauerhafte Sommerzeit aus: „Es macht wirklich nur Sinn, eine Zeit zu haben“.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Startup Call: Europe for Growth - 10 Mio. Euro Ausschreibung

Von 16. Oktober 2018 bis 28. März 2019 bietet die Europäische Kommission Startup-GründerInnen die Möglichkeit am Startup Call „Europe for Growth“ teilzunehmen.

Um Startups zu unterstützen, ist es eine von mehreren Bestrebungen der Europäischen Kommission im Rahmen von Horizon 2020 ein Netzwerk von Universitäten, InvestorInnen, jungen GründerInnen sowie UnternehmerInnen zu schaffen, um einen Einstieg zu erleichtern sowie Verbindungen zu etablieren.

Die Ausschreibung „Europe for Growth“ bietet den GewinnerInnen nicht nur die Chance auf Verwirklichung ihrer Ideen, sondern fördert auch den wünschenswerten Austausch und Diskurs innerhalb Europas. Die Ausschreibung wird mit einem Budget von 10 Mio. Euro dotiert sein und bietet eine großartige Gelegenheit für Startups

Teil des europäischen Startup Netzwerks von Projekten und Initiativen zu werden. Die Ausschreibung richtet sich speziell an Technologie Startups. Dies könnte auch für Unternehmen der zentralen Alpenlage interessant sein.

Zum Auftakt der Initiative findet am 12.09.2018 eine Informations- und Netzwerk Veranstaltung in Brüssel statt. Der eintägige Workshop soll potentiellen BewerberInnen die Möglichkeit für erste Rückmeldungen zu ihren Ideen geben, sowie BewerberInnen miteinander vernetzen. Eine Registrierung für das Event ist unter diesem [Link](#) möglich.

Italien bekommt 9 Mio. Euro Soforthilfe zur Versorgung von MigrantInnen

Die bewilligten Mittel sollen mehr als 42.000 MigrantInnen das Leben erleichtern, darunter vor allem Frauen und Kindern.

Die Europäische Kommission hat Italien abermals finanzielle Unterstützung gewährt, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration zu bewältigen. EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos erkannte Italiens schwierige Situation in den vergangenen Jahren an und betonte, dass die Kommission Italien weiterhin unterstützen werde.

Das zusätzliche Geld soll hauptsächlich zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung in Aufnahmezentren verwendet werden. So soll schutzbedürftigen Menschen eine angemessene Unterkunft geboten werden. Insgesamt hat Italien von der EU 200 Mio. Euro an Soforthilfe für Migration erhalten.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Das Aus für die Halogenlampe ab 1. September

Umwelt und BürgerInnen profitieren von der Regelung, denn das Produktionsverbot von Halogenlampen spart Energie und Geld.

Seit dem 1. September werden EU-weit Halogenlampen von effizienteren LED-Lampen abgelöst. Die Hintergründe dazu liegen in dem bereits 2009 von den EU-Staaten und dem Europäischen Parlament vereinbarten Produktionsverbot für Halogenlampen. Die dazugehörige Übergangsfrist ist nun am 1. September abgelaufen. Ausnahmen gelten für den Abverkauf von Altbeständen sowie für Halogenglühlampen für Schreibtischlampen, Flutlicht-Scheinwerfer oder in der EU beliebte „Spots“.

Für VerbraucherInnen überwiegen die Vorteile dieser Regelung. LED-Lampen haben im Vergleich zu Halogenlampen einen wesentlich geringeren

Energieverbrauch. Gleichzeitig ist die Lebensdauer der LED-Lampen höher, sie beträgt zwischen zehn und 20 Jahren. Durch diese größere Energieeffizienz ergeben sich für die VerbraucherInnen erhebliche Einsparungen im jährlichen Stromverbrauch. Während LED-Lampen vor einigen Jahren noch vier- bis fünfmal teurer waren als Halogenlampen, sind die Preise inzwischen erheblich gesunken. Abgesehen davon werden durch die geänderten Bestimmungen die Treibhausgasemissionen erheblich gesenkt.

[Mehr Informationen](#)

Ergebnisse der EU-Task Force zu Subsidiarität präsentiert

Die Task Force suchte unter anderem nach Möglichkeiten, die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit innerhalb der EU-Organe besser anzuwenden. Nun wurden die Errungenschaften der Task Force veröffentlicht.

Zu den wichtigsten Ergebnissen zählen strengere Kontrollen zur Sicherstellung eines Mehrwerts in den EU-Rechtsvorschriften. Weiters wurden ein gemeinsamer Kriterienkatalog und ein Modell eines Subsidiaritätsbewertungsnetzes ausgearbeitet. Dieses soll zukünftig von allen Regierungsebenen und EU-Organen genutzt werden.

Ein Pilotprojekt mit regionalen Zentren wurde ins Leben gerufen, das die Umsetzung der EU-Politik bewerten soll. Außerdem wurde die „aktive Subsidiarität“ entwickelt. So soll es allen Akteuren ermöglicht werden, Vorstöße gegen die Subsidiarität und die Verhältnismäßigkeit

aufzuzeigen. Gleichzeitig soll damit die Möglichkeit geschaffen werden, konstruktiv zur Entwicklung der EU-Gesetzgebung beizutragen.

Hintergrund ist die 2017 ins Leben gerufene Task Force. Sie widmete sich den Themen Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und verfolgte dabei das Ziel des weniger, aber effizienteren Handelns. Die Task Force setzte sich zusammen aus drei Vertretern des Ausschusses der Regionen und drei Parlamentsmitgliedern aus Österreich, Bulgarien und Estland. Den Vorsitz hatte der erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmerman inne.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Präsident Lambertz unterstützt Österreichs Ziele im Ratsvorsitz

Der Präsident des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, nahm die Ratspräsidentschaft Österreichs zum Anlass, sich zu den aktuellen Themen und Schwierigkeiten der EU zu äußern.

Herausforderungen für die österreichische Präsidentschaft sieht Lambertz in den Themengebieten Migration, den Verhandlungen zu Brexit sowie der Budgetplanung nach 2020. Die Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, würden die zukünftige Ausrichtung der Union beeinflussen, so Lambertz.

Das Ziel der österreichischen Präsidentschaft, Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen, unterstützt Lambertz ausdrücklich. Es sei wichtig, dass die EU ihren BürgerInnen zeige, dass sie sich ändern und reformieren könne. Dabei gehe es

nicht um weniger Europa, sondern um ein besser funktionierendes Europa. Im Zuge dessen betonte der Präsident die Wichtigkeit der Regionen für die EU.

Der Europäische Ausschuss der Regionen sei daher gern bereit gemeinsam mit der österreichischen EU-Präsidentschaft daran zu arbeiten, die Kluft zwischen der EU und ihren BürgerInnen zu überbrücken und somit ein gemeinsames Europa zu schaffen.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Hochrangiger Besuch bei Konferenz zur Agrarreform in der Gemeinsamen Vertretung



Bei unserer Konferenz zur Agrarreform durften wir hochrangige Gäste begrüßen. Neben dem Landwirtschaftskommissar Phil Hogan waren die MEPs Herbert Dorfmann, Othmar Karas und Esther Herranz García zu Gast. Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler sowie die Landesräte aus Südtirol Arnold Schuler und aus Vorarlberg Christian Gantner betonten die Schwierigkeiten der Agrarproduktion in den Bergen.





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der EU-Rechtsvorschriften](#)

[über Drogenausgangsstoffe](#)

Binnenmarkt, Öffentliches Gesundheitswesen, Unternehmen und Industrie
23. Juli 2018 - 2. November 2018

[Öffentliche Konsultation zur Regelung der Schnittstelle zwischen Chemikalien-, Produkt- und Abfallrecht](#)

Umwelt
23. Juli 2018 - 29. Oktober 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Andreas Pletzenauer

Abbildungsverzeichnis

Seite 9: Bild 1, Bild 2 & Bild 3: Tirol Büro